

KGW's Rundschreiben

Deutschland in Europa und der Welt

Die **Konjunktur**zahlen stellten sich in Deutschland in den letzten Jahren positiv dar. Zu Beginn des Jahres 2018 zeigten die Prognosen ebenfalls aufwärts. Die Halbjahresbilanz 2018 allerdings brachte aufgrund der Währungsturbulenzen sowie der Verteuerung der Rohstoffe Ernüchterung. Der Handelskonflikt mit den USA löst auch bei uns Normalbürgern Verunsicherung aus. Wenn wir den Handelskrieg nicht schon haben, so auf jeden Fall Vorboten davon. Es scheint, dass es nicht nur eine kurze Wachstumsdelle geben wird, sondern die „schlechte Stimmung“ am Markt, Umsatz und Gewinnrückgänge real werden. Vor allem in der Automobilindustrie (davon hängt jeder sechste Arbeitsplatz ab) zeigt der Trend nach unten. Der Markt Iran mit seinem 80 Millionen-Volk wurde erst kürzlich von den deutschen Unternehmen neu entdeckt. Mit seinem Iran-Boycott (deutsch-iranischer Handel 2017 ca. 3,4 Mrd. Euro) hat der US-Präsident Trump deutsche Unternehmen zu Geiseln der USA-Politik gemacht. Als Beispiel: Einen unterschrittsreifen Vertrag über 20 Mio. Euro hat der Tunnelbohrmaschinenbauer Herrenknecht zurückgezogen. Bereits 2006 bis 2015 wurden über den Iran Sanktionen verhängt. Als „lachender Dritter“ stieß seinerzeit wie heute China in die Lieferlücke und ist zur Zeit Irans wichtigster Handelspartner. Auch wenn in Deutschland Immobilien-, Software- und Telekommunikationsunternehmen von dem Wirtschaftsrückgang nicht so stark betroffen sind; die überschäumende Gewinnerwartung haben aber auch sie nicht. Wenn börsennotierte Unternehmen Gewinnwarnungen aussprechen, führt das postwendend zu Einbußen.

Da der deutsche Sparer in der Zeit der Geldflutung ohnehin keine Zinsgewinne erzielt, suggerieren die Banken **Aktienkäufe**. Das lohnt sich aber nur bei Menschen, die „besser verdienen“ und auch mal einen Verlust aushalten. Wenn man relativ wenig hat, lohnt sich kein Zocken an der Börse, weil man auch dort alles verlieren könnte. Deshalb sollte der Staat die Richtlinien ändern, damit nicht nur Reiche von der Börse profitieren. Wenn man genug hat, also über Geld nicht spricht, kommt man an ETFs (Exchange Traded Funds) nicht vorbei. Diese börsenorientierten Indexfonds werden nicht von Menschen, sondern von Computern gemanagt. Weltweit stecken 5.120 Mrd. Euro darin. Aber Achtung: Eine Gewinngarantie geben auch die nicht. Wenn viele verkaufen und Investoren ziehen ihr Geld ab, gibt es auch für ETFs Probleme. Deshalb im Augenblick Vorsicht bei Anleihen.

Da viele Menschen von Natur aus träge sind, spricht z.B. Amazon oder PayPal die Bequemlichkeit dieser Menschen an. In Deutschland (wie USA) ist Amazon Marktführer im Internethandel und strebt an, die Bezahlwelt (mit Amazon Go) zu erobern. Chinas Zahlungsverkehr ist weitgehend digitalisiert. Er wird ergänzt durch eine Überwachungstechnologie (z.B. Kameras zur Gesichtserkennung), die das Sozialverhalten der Menschen erfassen. China steuert auf eine totale Überwachung, d.h. Speicherung der gesammelten Daten zu. Am besten geht das über den digitalen Zahlungsverkehr, denn die gesammelten Daten landen schlussendlich in privaten und staatlichen Datenbanken. Hätten wir in Europa nicht den Datenschutz, würden wir Schritt für Schritt in ein System gepresst, wo wir schlussendlich alle gläsern wären. Die Kampagnen gegen das Bargeld dienen unserer Meinung nach dazu, die finanzielle Situation der Kunden transparenter zu machen, um in einem Zahlungsverkehrssystem Transaktionen nachzuverfolgen. Auch in Deutschland sind bereits die ersten Schritte in diese Richtung getan.

Die Krise in der **Türkei** beschäftigt auch uns Deutsche. Die deutschen Exporte in die Türkei betragen ca. 20 Mrd. Euro pro Jahr (ca. 1,5% unserer Gesamtexporte). Die türkische Lira ist aber seit Beginn des Jahres um 40% abgewertet worden, was bedeutet, dass der Euro entsprechend höher bewertet wird. Bei Begleichung der Schulden muss also die Türkei tiefer in die Tasche greifen als vor dem Kursverfall. Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der NATO und galt als stabilisierendes Element im politisch unruhigen Nahen Osten. Zwischenzeitlich ist das Verhältnis zu den USA bei nahezu Null angekommen und das deutsch-türkische Bündnis ist auf eine harte Belastungsprobe gestellt. Deshalb sollten wir Deutschen der Türkei aber nicht helfen (wie A.Nahles es fordert), sondern Herr Erdogan sollte beim internationalen Währungsfond (IWF) anfragen.

Anfang dieses Monats beschrieb Professor Hans-Werner Sinn (ehemaliger Präsident des IFO-Instituts) den Start des Euro im Mai 1998 bis heute. In den ersten zehn Jahren nahmen die Staaten Südeuropas die günstigen Kredite gerne an, denn damit konnten die Gehälter der Staatsbediensteten abgedeckt, die Renten erhöht, der private Konsum gesteigert und Investitionsausgaben finanziert werden. Die Geldflut allerdings mündete in die Lehmann-Krise, die auch Europa kräftig schüttelte. Ab 2010 überflutete die EZB (Europäische Zentralbank) die Märkte mit billigem Geld und begann im Jahre 2010, fiskale Rettungsschirme für einige EU-Staaten aufzuspannen. 2012 gab die EZB mit dem OMT-Programm eine unbegrenzte Deckungszusage für Staatspapiere der EU-Länder, was diese faktisch zu Euro-Bonds machte. Als das auch nicht reichte, entschloss sich die EZB 2015 zur Auflage ihres QE-Programms. Damit erwarben die Notenbanken des Euro-Systems für 2,4 Billionen Euro Wertpapiere, von denen 2 Billionen Euro auf Staatspapiere entfielen. So schoss die Zentralbank-Geldmenge von 1,2 Billionen Euro auf über 3 Billionen Euro in die Höhe. Von den Zentralbanken südeuropäischer Länder wurde es aber nicht für die wachsende heimische Wirtschaft verwandt, sondern nach Deutschland überwiesen, um Waren, Dienstleistungen, Aktien, Immobilien usw. zu erwerben. Die Gütereinkäufe belebten den deutschen Export und die entstandenen Exportüberschüsse wurden von vielen internationalen Regierungen kritisiert. Der Geldsegen sollte die Wettbewerbsfähigkeit südeuropäischer Länder steigern, hat aber dazu geführt, sich davon zu entfernen. Zwangsläufig stieg die Jugendarbeitslosigkeit; z.Zt. knapp 45% in Griechenland, Spanien und Italien über 30% und Portugal über 20%. Die Unzufriedenheit der Menschen in den entsprechenden Ländern hat dazu geführt, radikale Sozialisten als deren Regierung zu wählen. So möchte die 5-Sterne-Partei in Italien mehr Kredite aufnehmen, als die Vorgaben der EU es vorsehen. Anderenfalls, so droht man, verlässt man die EU. Mit solchen Drohgebärden steht Italien aber nicht alleine in der EU da und könnte mit anderen Regierungen die derzeit wackelige Europäische Union zum Einsturz bringen. Ralf Dahrendorf ¹ gab folgende Einschätzung ab: Die Währungsunion ist ein großer Irrtum. Ein abenteuerliches, waghalsiges und verfehltes Ziel, das Europa nicht eint, sondern spaltet. Heute müssen wir sagen, leider hatte er recht. Erwähnen sollte man, dass er vor ca. 50 Jahren „Bildung ist Bürgerrecht“ schrieb. Auch hier hatte er recht, denn er wollte mehr Bildung für die Menschen und Bildungserfolge nicht von der sozialen Herkunft abhängig machen. In den 60er-Jahren galt das „katholische Arbeitermädchen vom Lande“ als benachteiligt. Heute ist es der Migrantenjunge.

Mit drei Rettungspaketen sind seit 2010 ca. 290 Mrd. Euro nach **Griechenland** geflossen. Es soll kein weiteres geben, sodass sich Griechenland ab 20.08.2018 frei am Markt finanzieren muss. Deutsche Politiker wie Olaf Scholz (SPD) sieht die Griechenland-Programme als Erfolg, sodass

¹ Deutsch-Britischer Soziologe, 01.05.1929-17.06.2009

dieses Land nicht mehr auf fremde Hilfe angewiesen ist. Es gibt allerdings Ökonomen, die das differenzierter betrachten. Daniel Gros vom Center for European Policy Studies (CEPS) sieht das völlig anders und ist der Ansicht, dass Griechenland erst gerettet ist, wenn die Wähler die Reformen selbst wollen. Ohnehin haben die Griechen mit den kleineren und mittleren Einkommen den Preis bezahlen müssen. Es sind Arbeitsplätze weggefallen, die Löhne sanken drastisch, der Krankenversicherungsschutz wurde ausgehöhlt und vieles andere mehr. Der reiche Grieche hat rechtzeitig sein Geld am Fiskus vorbei ins Ausland geschleust. Die geflossenen 290 Mrd. Euro dienten ohnehin zu 80% dazu, fällige Schulden zu refinanzieren. Griechenland wählt im nächsten Jahr und der Regierungschef Alexis Tzipras könnte einige Reformen zurückdrehen. Die ohnehin reformmüden Griechen hätten dann wieder den alten Schlendrian. Bisher hat Deutschland noch nicht gezahlt, sondern hat als größter Gläubiger Griechenlands lediglich gebürgt. Sollten die Rückzahlungen (Tilgungspläne ab 2020) von den Griechen nicht wie vereinbart umgesetzt werden, hätte der deutsche Steuerzahler ein erhebliches Haftungsrisiko und würde zur Kasse gebeten.

Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Es ist Urlaubszeit und deshalb läuft es in der Branche auch mit „Standgas“.

Da es bei ThyssenKrupp ein Führungsvakuum gibt, sucht man nach einer Strategie für die Zukunft. Nach der Ära Hiesinger warf auch Ulrich Lehner das Handtuch, was wahrscheinlich mit der abgesenkten Gewinnprognose im Hause zu tun hat. Sicherlich hat das auch mit Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu tun. Es ist abzuwarten, was die Hedgefonds mit oder ohne Hilfe der Krupp-Stiftung bewegen können.

Die Schutzmaßnahmen der EU im Stahlbereich traten in Kraft, aber wie man das Ganze handhabt, ist noch unklar. Es soll Zollkontingente auf Basis der EU-Einfuhren von 2015 bis 2017 für einzelne Stahl- (auch Edelstahl-) gruppen geben. Bei Überschreitung festgelegter Importmengen sollen Zölle in Höhe von 25% Einfuhren stoppen.

Wir hatten darüber geschrieben, dass das Bundeskartellamt Edelstahlunternehmen und verantwortliche Personen zu Geldbußen von insgesamt 205 Mio. Euro aufgrund von Preisabsprachen und Austausch wettbewerblicher Informationen verhängt hat. Wir warten auf weitere Einzelheiten, die das Bundeskartellamt auf seiner Internetseite gemäß § 53 Abs. 5 GWB veröffentlichen wird.

Die Handelsstreitigkeiten China-USA drückten einen Teil der Rohstoffpreise nach unten. Dadurch werden sich die Legierungszuschläge im September und wahrscheinlich Oktober leicht nach unten verändern. Im November rechnen wir allerdings wieder mit einer Steigerung.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand	dt. Kassapreis		dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME to	Nickel kg	€/100	Molybdän €/100 kg
04.01.2016	1,0790	8.515	8.565	441.342	781		1.101
03.01.2017	1,0416	10.205	10.270	372.066	982		1.468
02.01.2018	1,2005	12.690	12.730	366.612	1.052		1.326
01.02.2018	1,2479	13.545	13.555	355.266	1.104		1.281
01.03.2018	1,2211	13.510	13.540	335.508	1.129		1.309
03.04.2018	1.2275	13.560	13.600	320.268	1.102		2.113
02.05.2018	1,1956	13.915	13.970	306.762	1.159		2.166
01.06.2018	1.1659	15.150	15.200	287.646	1.298		2.227
02.07.2018	1.1608	14.575	14.625	271.806	1.253		2.236
04.08.2018	1.1671	13.780	13.870	254.262	1.172		2.225

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2017		2017		2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	09/17	566	02/17	810	676	634	620	663	686	717	735	734	721	↓		
4113	09/17	704	04/17	963	834	822	833	883	897	932	944	934	944	↑		
4301	08/17	1.105	04/17	1.455	1.290	1.315	1.353	1.407	1.429	1.527	1.647	1.584	1.523	↓		
4310*)	09/17	1.048	04/17	1.384	1.222	1.490	1.273	1.326	1.348	1.438	1.546	1.490	1.434	↓		
4310 Mo*)	08/17	1.109	04/17	1.448	1.295	1.605	1.386	1.443	1.457	1.547	1.648	1.587	1.548	↓		
4404	08/17	1.556	04/17	2.021	1.844	1.960	2.072	2.145	2.147	2.275	2.416	2.312	2.286	↓		
4509	10/17	731	02/17	929	788	747	733	777	799	833	851	851	849	↓		
4521	09/17	931	04/17	1.208	1.081	1.101	1.138	1.195	1.200	1.239	1.245	1.226	1.265	↑		
4539	08/17	2.634	04/17	3.416	3.184	3.462	3.702	3.806	3.789	4.029	4.309	4.087	4.039	↓		
4571	08/17	1.573	04/17	2.044	1.865	1.984	2.097	2.171	2.173	2.304	2.448	2.342	2.314	↓		

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2017		2017		2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	04/17	410	06/17	300	385	395	420	425	430	415	400	410				
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	03/17	1.200	06/17	890	1.140	1.150	1.180	1.230	1.230	1.190	1.130	1.140				
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	03/17	1.510	06/17	1.200	1.420	1.450	1.620	1.690	1.680	1.650	1.630	1.635				

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018
	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4310	1.466	1.490	1.528	1.591	1.617	1.726	1.788	1.721	1.700	↓		
4310 Mo	1.554	1.605	1.663	1.732	1.749	1.856	1.904	1.858	1.830	↓		
4404	2.112	2.352	2.486	2.574	2.577	2.730	2.900	2.774	2.743	↓		

Das KGW-Team